

Im Schatten der Demokratie – Abbau von Rechten in der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe entgegentreten

Zwischenruf der Fachverbände für Erziehungshilfen in Deutschland

Die Kinder- und Jugendhilfe und die Eingliederungshilfe sind in ihrem Bestand ernsthaft gefährdet. Ein internes Arbeitsdokument aus dem Bundeskanzleramt, das der Paritätische Gesamtverband am 16. April 2026 veröffentlicht hat, macht das Ausmaß der geplanten Einschnitte sichtbar.^{0F}¹ Erarbeitet wurde es von einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung mehrerer Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände. Es offenbart nicht nur ein demokratisch problematisches Vorgehen, sondern vor allem eine inhaltliche Neuausrichtung beider Hilfesysteme, die weit über einzelne Einsparmaßnahmen hinausgeht.

Was als „Kürzungsvorschläge“ bezeichnet wird, ist ein systematischer Rückbau von Rechten, Leistungen und fachlichen Standards in beiden Systemen – zulasten junger Menschen und ihrer Familien. Für sie bedeutet dies eine spürbare Verschlechterung ihrer Lebens- und Teilhabechancen.

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen wird die bisherige Logik beider Systeme grundlegend verschoben – weg von einem individuellen, bedarfsorientierten Rechtsanspruch hin zu einer haushaltsgetriebenen Steuerung von Leistungen:

- individuelle Hilfen sollen durch pauschale Infrastrukturangebote ersetzt werden,
- Rechtsansprüche für junge Volljährige sollen eingeschränkt werden,
- Teilhabeleistungen für junge Menschen mit Behinderungen sollen begrenzt werden,
- Standards für besonders vulnerable Gruppen wie unbegleitete minderjährige Geflüchtete sollen abgesenkt werden,
- finanzielle Unterstützungsleistungen für Familien sollen reduziert werden,
- Subsidiaritätsprinzip soll geschwächt und staatlich gesteuerte Leistungen gestärkt werden.

Pauschale Hilfen gefährden Entwicklung und Teilhabe

Werden Hilfen pauschaliert oder verkürzt, betrifft dies die Qualität von Entwicklungsverläufen insgesamt. Gerade in krisenhaften Situationen brauchen junge Menschen verlässliche, passgenaue Unterstützung. Einsparungen führen nicht zu nachhaltiger Entlastung, sondern zu Kostenverlagerungen und Scheinersparnissen, da später deutlich aufwendigere Hilfen nötig werden. Im Kinderschutz ist eine Reduktion individueller Hilfen fachlich nicht vertretbar: Schutzprozesse sind auf differenzierte Einschätzungen, stabile Beziehungen und ausreichend ausgestattete Hilfesettings angewiesen, werden diese geschwächt, steigt das Risiko von Fehlentscheidungen und unzureichendem Schutz.

Besonders gravierend sind die vorgesehenen Einschränkungen im Bereich der Eingliederungshilfe. Die Begrenzung individueller Leistungen greift unmittelbar in das Recht junger Menschen auf Selbstbestimmung ein. Individuelle Unterstützung ist keine optionale Zusatzleistung, sondern Voraussetzung dafür, dass junge Menschen mit Behinderungen ihren Alltag gestalten, Bildungsangebote nutzen, Beziehungen entwickeln und gesellschaftlich teilhaben können. Deshalb sind individuelle, passgenaue Leistungen unverzichtbar. Die geplante Verschiebung hin zu

¹ Vgl. DPWV 2026: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/paritaetischer_drohender-kaehlschlag-2026.pdf, Stand: 22.04.2026.

pauschalen Angeboten verkennt diese Logik und birgt die reale Gefahr eines fachlichen Rückschritts – weg von individueller Unterstützung hin zu stärker kollektiv organisierten Versorgungsformen. Damit droht eine Entwicklung, die zentrale Fortschritte der letzten Jahre – Inklusion, Selbstbestimmung und Dezentralisierung von Hilfen – infrage stellt und die fachliche Vielfalt der freien Trägerlandschaft, damit auch Qualität, Differenziertheit und Innovationsfähigkeit der Hilfesysteme, gefährdet. Statt individueller Teilhabe entstehen neue Formen struktureller Abhängigkeit.

Menschenrechte als verbindlicher Maßstab

Die vorgeschlagenen Maßnahmen stehen in klarem Spannungsverhältnis zu internationalen Verpflichtungen, insbesondere zur UN-Kinderrechtskonvention und zur UN-Behindertenrechtskonvention. Beide verpflichten dazu, Förderung, Schutz und gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen sicherzustellen. Eine Reduktion individueller Leistungen zugunsten pauschaler, begrenzter Angebote widerspricht diesen Prinzipien und markiert ein verändertes Menschenbild: weg vom jungen Menschen als Rechtsträger hin zum jungen Menschen als Spielball begrenzter Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund sind sowohl das undemokratische Vorgehen bei der Entwicklung der Vorschläge als auch ihre Systemlogik aufs Schärfste zu kritisieren. Die Maßnahmen sind sozialpolitisch problematisch und fachlich nicht begründbar, da sie evidenzbasierten Erkenntnissen der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe widersprechen. Wir weisen diesen Kurs der Pauschalisierung statt Individualisierung und der fiskalischen Steuerung statt menschenrechtlich orientierter Fachlichkeit entschieden zurück.

Die Erziehungshilfefachverbände fordern:

- die uneingeschränkte Sicherung individueller Rechtsansprüche im SGB VIII und SGB IX,
- die konsequente Orientierung an der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention,
- den Erhalt individueller Hilfen und Teilhabeleistungen als Grundlage beider Hilfesysteme,
- die Sicherung von Selbstbestimmung, Wunsch- und Wahlrecht,
- den Schutz besonders vulnerabler Gruppen,
- transparente, demokratische und beteiligungsorientierte Verfahren sozialpolitischer Steuerungsprozesse.

Die Kinder- und Jugendhilfe und die Eingliederungshilfe sind keine nachrangigen Kostenfaktoren, sondern zentrale Bestandteile eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats.

Frankfurt am Main, Freiburg i.B., Hannover, den 24. April 2026

- AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe, Dr. Koralia Sekler, sekler@afet-ev.de
- Bundesverband Caritas Kinder- und Jugendhilfe, Stephan Hiller, stephan.hiller@caritas.de
- Evangelischer Erziehungsverband, Dr. Björn Hagen, b.hagen@erev.de
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Stefan Wedermann, stefan.wedermann@igfh.de

[Link zur Unterzeichnung](#)

Organisationen

- Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht e.V.

Einzelpersonen

	Name	Organisation / Ort
1	Jan Köhne	
2	Benedikt Hopmann	Universität Siegen
3	Thomas Pförtner	Venito gGmbH
4	Matthias Kolb	Schottener Soziale Dienste gGmbH
5	Florian Bode	Jugendhilfe
6	Stefan Weltgen	Diakoniewerk Oberhausen
7	Helmut Ramsthaler	CJD Niedersachsen Nord und Fachbeiratsmitglied von EREV und AFET
8	Dietmar Kluin	Orientierung Leben Entwicklung gGmbH
9	Maike Jennek	leben lernen e.V.
10	Jan Bentzinger	Diakonische Jugendhilfe Region Heilbronn
11	Laura-Madleen Ströde	Venito Diakonische Gesellschaft für Kinder Jugendliche und Familien
12	Eva Bräuning	Der Puckenhof e.V.
13	Melissa Tairi	Venito
14	Edwin Benner	BruderhausDiakonie
15	Sophia Reichardt	VPK-Bundesverband e.V.
16	Janna Baader	Psychologische Psychotherapeutin
17	Iva Wagner	Ombudschaft Nord-West Niedersachsen e.V.
18	Prof. Dr. Jakob Tetens	IU Internationale Hochschule
19	Sonja Ott	St. Elisabeth Verein Regionalzentrum Biedenkopf
20	Prof.in Dr.in Kirsten Rusert	IU Internationale Hochschule
21	Margit Dittrich	Evangelische Kinder-, Jugend-und Familienhilfe
22	Frauke Gebhardt	NACOA Deutschland e.V.

23	Irmela Wiesinger	BuMF Hessen
24	Jenna Vietig	Perspektive gGmbH
25	Ralf Bergrath	Ev. Kinder- u. Jugendhilfe Aachen-Brand
26	Dirk Wassermann	IU Internationale Hochschule Bremen
27	Tobias Kämper	Friedrich v. Bodelschwingh Berufskolleg, Bielefeld Bethel
28	Dr. Sarah Sobeczko	Paritätisches Bildungswerk Bremen e.V.
29	Prof. Dr. Matthias Laub	Hochschule Landshut
30	Nicole v. Langsdorff	Frankfurt University of Applied Sciences
31	Tomas Harmsen Prof. Dr.	Ostfalia Hochschule Wolfenbüttel
32	Andreas Dohrn	VSE-NRW e.V.
33	Andrea Wilhelm	
34	Bastian Seifert	
35	Nora Grohmann	Friedrich v. Bodelschwingh Berufskolleg Bielefeld/Bethel
36	Barbara Gärtner	Kinderarche Sachsen e.V.
37	Stefanie Lambrecht	St. Elisabeth-Verein Marburg
38	Josef Koch	Frankfurt am Main
39	Erik Bedarf	VSE NRW e.V.
40	Prof. Dr. Monika Althoff	IU Internationale Hochschule
41	Norbert Struck	IGfH
42	Prof. i. R. Dr. Susanne Maurer	Philipps-Universität Marburg
43	Constantin Wagner	Hochschule Darmstadt
44	Paula Achenbach	Philipps-Universität Marburg
45	Benjamin Strahl	AFET-Bundesverband für Erziehungshilfen
46	Prof. Dr. Mechthild Wolff	Hochschule Landshut
47	Carina Kamp	Jugendhilfeverbund Potsdam / Notdienst 'Fluchtpunkt'
48	Robert Röser	Rummelsberger Diakonie AED Nürnberger Land
49	Monika Romer	Outlaw gGmbH
50	Marike Jüdes	DiCV Freiburg

51	Prof. Dr. Timo Ackermann	Alice Salomon Hochschule Berlin
52	Johannes Dähn	
53	Karin Ballwieser	Rummelsberger Diakonie
54	Cindy Stiller	Cornelius-Werk Diakonische Hilfen gGmbH
55	Claudia John	Diakonie Henneberger Land e.V.
56	Corinna Petri	Perspektive gGmbH
57	Morten Mühlhäuser	AWO Hamburg
58	Peer Bringezu	Orientierung Leben Entwicklung gGmbH
59	Silvia Haßmann-Vey	Kompetenzzentrum Pflegekinder e. V.
60	Prof.in Dr.in Alexandra Rau	EH Hessen
61	Prof. Dr. Claudia El Hawary	IU - Internationale Hochschule
62	Frederik Näher	KJSH Trägerverbund
63	Prof. Dr. Walter Eberlei	Hochschule Düsseldorf (HSD)
64	Ruth Landwehr-Thole	OLE gGmbH
65	Beate Vinke	wissenschaftliche Mitarbeiterin
66	Christiane Leidinger	Hochschule Düsseldorf, FB SK
67	Eliane Matthies	Hochschule Düsseldorf
68	Marina Schubert	Hochschule Düsseldorf
69	Franziska Markelj	
70	Kirsten Lamotte	Hochschule Fulda - Fachbereich Sozialwesen
71	Prof. Dr. Silke Tophoven	Hochschule Düsseldorf
72	Sascha Golais	
73	Heike Schmidt-Neumeyer	RDJ gGmbH Jugendhilfestation Neumarkt
74	Richard Janz	Hochschule Düsseldorf (HSD)
75	Isabell Bieber	Hochschule Düsseldorf
76	Prof. Dr. Michael Klundt	Arbeitskreis Zivilklausel an der Hochschule Magdeburg-Stendal
77	Simon Hilmes	PFAD Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien
78	Prof.in Dr.in Katja Neuhoff	Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften/ Hochschule Düsseldorf

79	Katja Gramelt	Hochschule Düsseldorf
80	Prof. Dr. Francis Seeck	TH Nürnberg, Fakultät Sozialwissenschaften
81	Prof. Dr. Christian Bleck	Hochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften
82	Anthipi Mitacou	Diakonie Hochfranken
83	Maike Nadar	Transferzentrum Kinderrechte & Kinderschutz MV
84	Johannes Schweiger	Don Bosco Kloster Benediktbeuern
85	Melanie Piontek	Dachstiftung Diakonie Venito Diakonische Gesellschaft für Kinder, Jugendliche und Familien
86	Marion Haak-Schulenburg	Hochschule Düsseldorf
87	Anne Reber	Evangelische Hochschule Hessen
88	Dr. Ruth Vornefeld	Bündnis KipsFam/ Paritätischer Gesamtverband
89	Prof.in Dr.in Andrea Warnke	IU Internationale Hochschule, Campus Bremen, Soziale Arbeit
90	Prof. Dr. rer. medic. Michaela Heinrich-Rohr	ISBA gGmbH – Internationale Studien- und Berufsakademie
91	Claudia Lohrenscheit	Fachgruppe Menschen- und Kinderrechte der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit
92	Christoph Gille	Hochschule Düsseldorf
93	Florian Heßdörfer, Prof. Dr.	IU - Internationale Hochschule
94	Prof. Dr. Rebekka Bendig	Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik Berlin
95	Manfred Jannicke	NHW e.V. Berlin
96	Franziska Ludwig	NHW e.V.
97	Manuela Ehrlich-Grimm	Diakoniewerk Gotha gGmbH Jugendhilfebüro Eisenach
98	Prof. Dr. Wolfgang Behlert	
99	Prof. em. Dr. Peter Schruth	Hochschule Magdeburg-Stendal
100	Ingo Stamm	FH Münster
101	Prof. Dr. Barbara Thiessen	Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft
102	Eva Sachsenhausen	Hochschule Düsseldorf
103	Severine Thomas	Universität Hildesheim